

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 15 Mark, vierteljährlich 45 Mark; durch die Post bezogen monatlich 25 Mark, vierteljährlich 75 Mark. — Preis- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schady; Druck: H. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bismarckstr. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 96. Telegr.-Nr.: Altkreuz Bochum.

### Mit dem Volk oder gegen das Volk?!

Herr Stinnes hat sich gegen den Vorwurf gewehrt, daß er Gegner einer Stabilisierung der Mark sei. Er will auch eine solche Stabilisierung — wenn man die Vorbedingungen dazu nach seinem Rezept schafft.

In der Note der Reichsregierung an die Reparationskommission, in der formulierte Vorschläge für die Markstabilisierung und für die Ordnung des inneren Haushalts gemacht werden, interessiert uns besonders der zweite Teil. Unter der Voraussetzung, daß Deutschland in seinem Handelsverkehr mit dem Ausland die Meistbegünstigung eingeräumt, d. h. daß es politisch nicht schlechter gestellt wird als andere Länder, wird in der Note folgendes Programm aufgestellt:

- Aufhebung entbehrlich werdender Behörden,
  - Berinderung der Zahl der Angestellten und Beamten,
  - Verminderung unproduktiver Ausgaben,
  - Befriedigung der geforderten Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse,
  - Produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.
- Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zwecke wird insbesondere eine Neuorganisation des Arbeitszweigs unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, Luxusverbrauch und Luxuseinfuhr gehemmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden.

Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangswirtschaft des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Befreiung der Markt fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.

In dem Augenblick, in dem dies geschrieben wurde, stand Großkühn über das neue Reichskabinett noch nicht fest. Ob Herr Reichsminister Cuno, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, wie die übrigen Minister heißen werden, war in diesem Augenblick noch nicht bekannt, ja nicht einmal, ob die Sozialdemokraten sich an dem Kabinett beteiligen. Für die Stellungnahme zu dem vorstehenden Programm ist das aber auch ganz gleichgültig; denn für die Arbeitnehmerschaft gibt es jeder Regierung gegenüber ein Mindestprogramm, von dem sie gütwillig nicht abgehen wird. Ueber Aufhebung von Behörden, Entlassung von Beamten, produktive Gestaltung der Reichsbetriebe wird sich reden lassen, wenn auch hier noch Konflikte genug rufen.

Sehr voreilig finden wir das Versprechen des Abbaus der Zwangswirtschaft beim Brotgetreide. Das heißt mindestens Weltmarktpreise für Brot. Sie bedingen Weltmarktpreise! Solange das Gleichgewicht zwischen Einkommen und Lebensbedarf nicht hergestellt ist, muß die Arbeitnehmerschaft allen Plänen Widerstand leisten, die durch hohe Preise die Produktion anregen wollen, statt durch Förderung der Technik.

Am wichtigsten sind aber die Versprechungen, die sich auf die Steigerung der Produktion und neues Wirkungsgrades der Arbeit beziehen. Die Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit wollen auch wir. Dazu ist aber nicht in erster Linie Verlängerung der Arbeitszeit geeignet, sondern ausreichende Ernährung der Arbeiter und technisch vollkommener Ausbau der Betriebe.

Jede dauernde Verlängerung der Arbeitszeit, zumal wenn sie Hand in Hand geht mit unzureichender Ernährung, führt nicht zur Produktionssteigerung, sondern zu weiterer Verelendung der Arbeitnehmer mit ihren unausbleiblichen Rückwirkungen auf die Produktion. Die Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit ist bei einer arbeitseindlichen Regierung und kann auch bei einer anderen Regierung, die nicht alle in Frage kommenden Umstände berücksichtigt, sein ein Feigenblatt zur Verdeckung von Missetaten auf die Volksgesundheit, welche die Arbeiterschaft mit Kampf beantworten muß!

Daß die Arbeiterschaft Mehrarbeit auf sich nimmt, wenn das Wohl des Volksgesunden sie fordert, zeigen die Ueber-sichtenabkommen der Bergarbeiter. Die Lust zu solchem Entgegenkommen wird den Arbeitern verleidet, wenn die Ent-lente die Frucht dieser Mehrarbeit für sich beansprucht oder wenn sie unter Auserlassung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte lediglich zugunsten privater kapitalistischer Profits erfolgt!

Das Regierungsprogramm kündigt Mehrarbeit infolge tariflicher Vereinbarungen, aber auch zwingende Mehrarbeit durch behördliche Maßnahmen, also ohne Tarif und ohne Gewerkschaften an. Daß diese Zulassung gesetzlich begrenzt werden soll, ist bei einer arbeitseindlichen Regierung und Parlamentsmehrheit auch nur ein Feigenblatt!

In jedem einzelnen Fall dieser Art wird Macht gegen Macht stehen: Die Kapitalismus, die Arbeitnehmerschaft!

Wohin der Weg gehen kann, zeigt die Rede von Stinnes im Reichswirtschaftsrat. Er stellte sich auf den Standpunkt, „daß die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ganz große Ueberarbeit ist und ich sehe nicht an zu erklären, daß nach weiterer Ueberzeugung das deutsche Volk eine Woche von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten muß, um die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben und noch etwas für die Reparationen erübrigen kann.“

Nach Stinnes würde es also nicht bei Ausnahmen bleiben, sondern die glatte Aufhebung des Achtstundentages wäre notwendig. Stinnes war ferner der Meinung,

„daß von Grund auf alles zerstört werden muß, was sich in Deutschland nach dem Kriege und im Kriege unproduktiv gestaltet hat.“

Wir sind durchaus dieser Meinung, aber über das „Was?“ und „Wie?“ werden unsere Meinungen andere sein, als die des Bürgerturns. Wir lesen von Vortrop, daß es dort vor dem Kriege 2-3 Rohproduktenhändler, jetzt aber 67 gibt! Sechs von diesen, die aus Galizien stammen, wurden als Fehler mit 22 meist jugendlichen Dieben von Metall usw. festgenommen. Wir wollen allen Schutz und alles Entgegenkommen gegen arbeitende Ostjuden und haben nichts gegen die schärfsten Maßnahmen gegen solche Ostjuden, die von Gaunerei, Muggerei, Fälscherei und Spekulation leben. Aber bitte nicht bei den Ostjuden aufhören, sondern auch die einheimischen christlichen Juden beim Schlafittchen nehmen!

In die Hunderttausende geht sicherlich das Heer der „Kaufleute“ und Händler, die sich nach Kriegsanfang in Deutschland etabliert haben, die herrlich und in Frieden leben, während das Volk hunnert, die Reichtümer aufkapela und doch volkswirtschaftlich nur Parasiten, Vampire sind!

All diesen Leuten verbiete man das Geschäft und führe sie zwingungsweise produktiver Arbeit zu! Wir möchten aber mal das Geschick der Bürgerlichen sehen, wenn auf diesem Gebiet rücksichtslos aufgeräumt würde!

Kein Wort sagt das Regierungsprogramm von weiterer gemeinwirtschaftlicher Bindung unserer Schlüsselindustrien, von der Unterbindung der Monopolwirtschaft mit ihren volksverwundenden Mißgewinnen, mit ihren unerschämten Preisen, welche gerade eine Prämie sind auf die technische Verblüderung unserer Produktionsstätten!

Solange auf diesen Gebieten nicht zugegriffen wird, unterlasse man geistlich Angriffe auf den Achtstundentag! Daß sich über Mehrarbeit reden läßt in einer auf das Volkwohl statt auf privaten Profit eingesetzten Wirtschaft, darüber sind sich alle Arbeitnehmer von den Christlichen bis zu den Kommunisten einig. Aber diese Vorbedingung muß da sein! In dem Zentrumsblatt „Der Deutsche“ schrieb am 10. November Dr. Franz Röhr über den Achtstundentag. Er forderte Verkürzung des Achtstundentags Produktionssteigerung in den Eisen-, Leder-, Parfümerie-, Pul- und Müllergewerbe. Von großen Teilen der Schwerindustrie und der weiterverarbeitenden Industrie laut er mit Recht.

„Ist die heute bestehende achtstündige Arbeitszeit nicht nur lang genug für den arbeitenden Menschen, sondern auch die darin erzielte Leistung groß genug für die volkswirtschaftlichen Erfordernisse?“

Für den Bergbau hält er Verlängerung der Arbeitszeit (außer zeitweiligem Ueberarbeitsabkommen) für unmöglich, ebenso für die Holzindustrie, für die Landwirtschaft und für die Eisenbahn (nach der neuen Dienstverordnungsregelung). Auch für Handwerk und Hauswirtschaft fordert er nicht Mehrarbeit, wohl aber für manche öffentliche Körperlichkeiten. Entscheidend aber ist, was wir ersreulicherweise am Schluß des Aufsatzes lesen:

„Dieses Ziel kann nicht heißen: Mehrproduktion. Es kann nur in der Antwort auf die Frage enthalten sein: wozu die Mehrproduktion? Und wenn darauf geantwortet wird: zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage, so ist das keine eindeutige Antwort. Diese lautet vielmehr: zur Herbeiführung einer menschenwürdigen Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Nimmt man diese aber als das Ziel, worauf es ankommt, so behalten „Mehrprouktion“ und „Achtstundentag“ gewiß noch ihre Bedeutung, erscheinen aber zugleich nur als zwei von vielen Mitteln, die zur Erreichung dieses Zieles notwendig sind.“

Auf diesem Boden eine wohlverstandene und richtig ausgelegte Einheitsfront aller Schaffenden! Das wäre ein Ziel, für das wir gern auch die Dithilfe anderer als nur sozialistischer Kreise annehmen würden. Aber man soll sich klar darüber sein: Mit dem vorstehend dargelegten Regierungsprogramm ist es nicht zu erreichen, sondern nur in organisiertem Kampf gegen die herrschende Profitwirtschaft!

### Geldentwertung und Existenzgefährdung der Gewerkschaften.

#### Eine Warnung an alle, die es angeht!

Recht oft ist an dieser Stelle die Frage der Geldentwertung in Verbindung mit der Beitragsfrage der Gewerkschaften behandelt worden. Aber noch immer gibt es eine Anzahl Mitglieder (nicht allein bei uns, sondern in fast allen Gewerkschaften), die die Gefahr bisher nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen, in die die Gewerkschaften gebracht werden, wenn die Beiträge der ständig fortschreitenden Geldentwertung nicht angepaßt bleiben. Wie groß diese Gefahr ist, werden diejenigen Gewerkschaften heute schon oder vielleicht in kurzer Zeit zu spüren bekommen, die aus Angst vor Mitgliederverlust sich in der Beitragsfrage zu viel treiben ließen und darum derselben nicht die erforderliche Beachtung geschenkt haben. Daß die vielseitigen notwendigen Einrichtungen der modernen Gewerkschaften, die infolge ihres Mitbestimmungsrechtes in fast allen Wirtschaftszweigen geschaffen werden mußten, recht erhebliche Kosten verursachen, muß den Mitgliedern bekannt sein. Aber auch weiter, daß diese Unterhaltskosten solcher Einrichtungen nur durch Mitgliederbeiträge aufgebracht werden müssen. Naturgemäß werden

bei zunehmender Geldentwertung die Ausgaben der Gewerkschaften immer größer, die auf der anderen Seite dann ebenfalls steigende Einnahmen bedingen. Daß aber

### mit dem Moment, wo die Mitglieder in der Beitragsfrage versagen, die weitere Existenz der Gewerkschaften mit ihren Einrichtungen in Frage gestellt

wird, muß heute allen Ernstes einmal ausgesprochen werden. Es muß auch ferner einmal gefragt werden, wohin die Reise geht, wenn bei Behandlung der Beitragsfrage nicht bald mehr Einsicht Platz greift.

Das Bestreben der Unternehmer, die Gewerkschaften bei Behandlung von Arbeiterfragen wieder auszuhalten, macht sich immer krasser bemerkbar. Leider werden sie noch unterstützt durch Elemente unter den Arbeitern und angeblich auch Arbeitervertretern, die gewerkschaftliche Ziele und Arbeit nie kannten und anerkannten, die aber mit allerhand radikalen, in der Jetztzeit nicht erfüllbaren Forderungen die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufputschen und damit dem Unternehmertum bewußt in die Hände arbeiten. Aber auch Unverständnis all den wirtschaftlichen Dingen gegenüber, die die Not der deutschen Arbeiter verurteilen, und der daraus entspringende Mißmut ist ein weiterer Faktor, der die Arbeiter den Gewerkschaften vortreiben und damit dem Unternehmertum und den gelben Organisationen wieder in die Arme treibt.

### Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln arbeitet das Unternehmertum seit vier Jahren daran, die Errungenschaften der Gewerkschaften zu beseitigen,

um wieder als allein bestimmender Faktor im Wirtschaftsleben herrschen zu können ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Arbeiter und ihrer Familien. Daß wir uns als Gewerkschaften um diese Frage nicht, ja sündlich mit dem Unternehmertum im Kampf befinden, merkt ein großer Teil der Arbeiter nicht oder will es aus Überheblichkeit und Selbstzufriedenheit nicht merken. Leichter ist es allerdings, ohne den Gang der wirtschaftlichen Dinge zu kennen, zu schimpfen, immer wieder zu schimpfen, aber keine Beiträge zu zahlen. Nun, das Erwachen aus dieser Schlafmüdigkeit wird einmal eintreten und nicht sanft sein, wenn die Gewerkschaften, verurteilt durch die Kurzsichtigkeit ihrer Mitglieder und der Nichtorganisierten, dezimiert und aus ihrer bisherigen Machtstellung herausgedrückt werden. Keine Gewerkschaftsleitung hat heute noch Urteile zu verschweigen wie die Dinge liegen, und muß ihren Mitgliedern zeigen, wofin wir stehen, wenn Leichtsinnigkeit und Laubheit in der Beitragsfrage die Existenz der Gewerkschaften in Frage stellen. Um sie es nicht, machen sie sich mit Unschuld daran, wenn einzelne Gewerkschaften und mit ihnen dann die gesamte Gewerkschaftsbewegung zurückgedrängt und wieder zur Ohnmacht verurteilt wird.

Die Erinnerung an all die Vorgänge in der Arbeiterbewegung aus der Vorkriegszeit muß alle einsichtigen Gewerkschaftler ermahnen.

### Den Schlafmützen die Zipfelmütze herunterzureißen

und sie ihnen um die Ohren zu schlagen, ihnen zu sagen, in welche Gefahr sich die gesamte Arbeiterkraft begibt, wenn sie nicht auf dem Kosten bleibt und den Bestand ihrer Gewerkschaft aufrechterhält. Ein warnendes Beispiel sollte die Gelb- und schwarzen Union der Hand-, Kopf- und sonstigen Arbeiter sein, die kein Geld mehr hat, um ihre immer prohalischeren und radikalen Forderungen in einem Fachorgan veröffentlichen zu können, die aber selbst hinter geschlossenen Türen inmitten ihrer Getreuen — sicher nicht gern! — die gewerkschaftliche Tätigkeit und die Errungenschaften des Verbandes und seiner Führer anerkennt, heute vielleicht auch im Stillen einflücht, welchen Vordienst sie dem Unternehmertum im Bergbau durch ihre Scribentenarbeit geleistet hat.

Wägen alle unsere Mitglieder unsere Warnung beachten, sie weiter verbreiten und danach handeln! —ner.

### Kohlenpreise und Preisentwicklung.

Die Lohnerhöhungen ab 16. November, weit mehr aber noch die erhöhten Material- und Grundstoffpreise führten zu einer weiteren Kohlenpreiserhöhung, die für den Ruhrbergbau ausbleiblich Steuern und Abgaben 371 M. je Tonne beträgt. Der Ruhrbergbaukohlenpreis steigt damit einschließlich Steuern und Abgaben auf 427,95 M. und einschließlich Steuern und Abgaben auf 441 M. Anschließend daran kommt in der Presse wieder fast allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß die allgemeine Preisentwicklung von den Kohlenpreisen und im Zusammenhang damit von den Löhnen der Bergarbeiter ausgeht. So schreibt z. B. die „Kölnische Volkszeitung“ vom 15. November u. a.: „Die höheren Kohlenpreise verteuern jegliche Gütererzeugung. Das dadurch verursachte Steigen der Warenpreise wird alsbald wieder neue Lohnforderungen und damit weiteres Steigen der Kohlenpreise zeitigen, wenn in diesem unheilvollen Kreislauf ständig fortgeschritten werden soll.“

Diese Betrachtungsweise ist zwar sehr bequem, aber — falsch. Tatsache ist, daß die allgemeine Preisentwicklung nicht von den Kohlenpreisen und im Zusammenhang damit von den Bergarbeitern ausgeht, sondern von der Anarchie der übrigen ungebundenen Wirtschaft bedingt wird. Wie die Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne schon während der Kriegszeit hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückblieben, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

1. Viertel 1914	4. Viertel 1918	Steigerung in %	
Ruhrbergbaukohlenpreis je Tonne	12.— M.	22 3/4 M.	85,3
Durchschnittslohn der Ruhrbergarbeiter	5,25	11,53	119,6
Wöchentliche Ernährungslohn	25,31	62,44	146,7

Mit haben den Ruhrbergbaukohlenpreis einschließlich Steuern und Abgaben sowie den Durchschnittslohn der Ruhrbergarbeiter zum Vergleich herangezogen, weil sie für die Kohlenpreis- und Lohnentwicklung richtunggebend sind. Die von Colver errechneten Ernährungslohn haben wir zum Vergleich herangezogen, weil sie vor-



mählend und nach dem Preise in gleicher Weise ermittelt und veröffentlicht wurden und somit als richtunggebend gelten können.

In der Folgezeit wurde dieses Preisverhältnis nicht ausgeglichen, wie sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt:

Table with 4 columns: January 1919, March 1921, August 1922, and percentage change. Rows include Ruhrstiftkohlenpreis je Tonne, Durchschnittslöhne der Ruhrbergarbeiter, and wöchentliche Ernährungslohn.

Nach dieser Gegenüberstellung ist der Ruhrstiftkohlenpreis ausschließlich Steuern und Abgaben um 105,8, der Durchschnittslöhne um 183,7 Prozent hinter den Ernährungslohn zurückgefallen.

Nach in der Folgezeit wurde dieses Preisverhältnis nicht ausgeglichen, wie sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt:

Table with 4 columns: April 1921, August 1922, and percentage change. Rows include Ruhrstiftkohlenpreis je Tonne, Durchschnittslöhne der Ruhrbergarbeiter, and wöchentliche Ernährungslohn.

Der Ruhrstiftkohlenpreis ausschließlich Steuern und Abgaben ist nach dieser Gegenüberstellung abermals um 140,0 Prozent, der Durchschnittslöhne um 148,6 Prozent hinter den wöchentlichen Ernährungslohn, wie sie Calmer errechnet, zurückgefallen.

Kohlpreise und Bergarbeiterlöhne sind danach der allgemeinen Preisentwicklung nicht vorangegangen, sondern in immer weiterem Abstand geblieben.

Die notwendigen Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne im Kohlenbergbau der allgemeinen Preisentwicklung zu betrachten, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung, woraus der Preis- und Preissteigerung je Tonne (Thomasphosphorsäure) betragen (in Mark) für:

Table with 4 columns: Date (8.11.1922, 16.11.1922), and percentage change. Rows include Kohlenpreis, Verkaufspreis, Zinsfuß, Staatslohn, Lohnsteuer, etc.

Wir haben den Ruhrstiftkohlenpreis ausschließlich Steuern und Abgaben um Vergleichs angelegt. Bis zum 8. November haben sich die Eisenpreise gegen die Verteilung um das 135,8 bis 178,1-fache, bis zum 16. November um das 197,8 bis 254,4-fache gesteigert.

neil, die Eisenpreise sind ihnen weit mehr als um das 1000fache vorangegangen.

Table showing price increases for various goods from July 1922 to August 1922.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Entwicklung des Ruhrstiftkohlenpreises ausschließlich Steuern und Abgaben vom 1. Juli 1922 bis zum 1. August 1922 eine Steigerung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat, dagegen immer um die Hälfte gegen die Steigerung der Eisenpreise zurückgeblieben ist.

Die allgemeine Preisentwicklung geht noch außerdem nicht von den Kohlenpreisen aus, Bergarbeiterlöhnen aus, sondern von der Anarchie der übrigen umgebenden Wirtschaft.

Wir brauchen keine Vorwürfe, wir brauchen Brot! — so rief mir kürzlich ein jüngerer Kamerad entgegen, als ich im besetzten Gebiete über die heußliche Wirtschaftssituation sprach.

Wir brauchen keine Vorwürfe, wir brauchen Brot! — so rief mir kürzlich ein jüngerer Kamerad entgegen, als ich im besetzten Gebiete über die heußliche Wirtschaftssituation sprach.

Wenn wir uns also über das Wesen und die Ursache unseres Leidens unterhalten, so verfolgen wir damit die Pflicht, den Weg durch Klarheit zur Rettung zu bereiten.

Der wichtigste Saft der Menschheit hat hierin eine schmerzliche Lücke gerissen. Der Krieg verhängte Unheil über uns, und damit, bis nach dem Kriege zurückzuführen zu den freien Gewerkschaften kam, fehlte die gewerkschaftliche Erziehung, die Schulung zum Gewerkschafter.

Wir aber brauchen den Kampf, keine Parteipolitik. Manche Hoffnungen und manden Wunsch ließ die Revolution unerfüllt. Viele geben den Gewerkschaften die Schuld daran — oder doch wieder nur in unkenntnis der Grenzen der Wirtschaftsgewerkschaftlichen Wachstums.

Mitgefühl läßt sich allerdings nicht auf Flaschen füllen, sie will erarbeitet sein. Der Bergarbeiterverband wird in diesem Winter Geheul geben, in mehreren Vortragsreihen zu Beginn des neuen Jahres die wichtigsten Gründe herauszuheben unter sachkundiger Einleitung durchzuführen und — was noch wichtiger ist — durchzuführen.

Als Lehrgebiete haben wir Themen gewählt die in argeger Dichtung darauf hinführen, das Maß gewerkschaftlicher Erkenntnis zu

verbreiten, das für eine festgelegte Klassenkampforganisation — dieses Wort im vollen Bewußtsein seiner Tragweite angewandt —

Dienstag, den 23. November 1922. Thema: Geschichte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Dozent: Arbeitersekretär Leimpeters, Oberhausen.

Mittwoch, den 29. November. Thema: Aufbau, Überleitung und Verbesserung der Gewerkschaften, insbesondere des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Dozent: Verbandsvorsitzender Husemann.

Freitag, den 1. Dezember. Thema: Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat nach der Revolution (Arbeitsgemeinschaft, Gemeinschaftlicher Körper, Reichsbehörde). Dozent: Redakteur L. in der G., Bochum.

Wir können die Zukunft sehen, aber wir sind Optimisten auf lange Sicht. Das entzündungsgeschichtlich geschulte Auge erblickt die Morgenröte künftigen Aufstiegs auch durch die dunklen Nebel der Gegenwart hindurch.

Wie lesen in diesem Schwarzmachertage: Der Übermut der jugendlichen Arbeiterschaft kennt keine Grenzen mehr.

Nach wir drängen den Reichstag anderer jugendlichen. Aber soll der junge Arbeiter, der, wenn er heilfroh tritt, Hunderttausende bringt, um sich Freude und Schloßflüsse einzurichten, Mühsal arbeiten nur zur größeren Ehre und größerem Ruhm der Kapitalisten?

Wir lesen in diesem Schwarzmachertage: Der Übermut der jugendlichen Arbeiterschaft kennt keine Grenzen mehr.

Nach wir drängen den Reichstag anderer jugendlichen. Aber soll der junge Arbeiter, der, wenn er heilfroh tritt, Hunderttausende bringt, um sich Freude und Schloßflüsse einzurichten, Mühsal arbeiten nur zur größeren Ehre und größerem Ruhm der Kapitalisten?

Wir lesen in diesem Schwarzmachertage: Der Übermut der jugendlichen Arbeiterschaft kennt keine Grenzen mehr.

Nach wir drängen den Reichstag anderer jugendlichen. Aber soll der junge Arbeiter, der, wenn er heilfroh tritt, Hunderttausende bringt, um sich Freude und Schloßflüsse einzurichten, Mühsal arbeiten nur zur größeren Ehre und größerem Ruhm der Kapitalisten?

Wir lesen in diesem Schwarzmachertage: Der Übermut der jugendlichen Arbeiterschaft kennt keine Grenzen mehr.

Nach wir drängen den Reichstag anderer jugendlichen. Aber soll der junge Arbeiter, der, wenn er heilfroh tritt, Hunderttausende bringt, um sich Freude und Schloßflüsse einzurichten, Mühsal arbeiten nur zur größeren Ehre und größerem Ruhm der Kapitalisten?

Wir lesen in diesem Schwarzmachertage: Der Übermut der jugendlichen Arbeiterschaft kennt keine Grenzen mehr.

Nach wir drängen den Reichstag anderer jugendlichen. Aber soll der junge Arbeiter, der, wenn er heilfroh tritt, Hunderttausende bringt, um sich Freude und Schloßflüsse einzurichten, Mühsal arbeiten nur zur größeren Ehre und größerem Ruhm der Kapitalisten?

Briefe aus dem hohen Norden

Das Kohlenvorkommen auf Spitzbergen, der bekannten Inselgruppe im Nordlichen Eismeer, lockt seit seinem Bekanntwerden die Kulturvölker zur Ausbeute.

Am 13. Mai 1922. Heute morgen 3 Uhr glücklich hier eingetroffen. Alles wohl und munter. Zahl bisher gut ohne Gefahrzeit überstanden.

Am 18. Mai 1922. Wir bringen hier in der Hafenstadt Tromsø ein ungezügelter Luftkampf von 3 Tagen, da der Eistrieb, der uns nach Spitzbergen bringen soll, scharf erhitzen hat und zum Ausbrechen auf See liegt.

Jogar Godhul auf Wilhelm II. laut, die uns als Zuschauer gelten sollten.

Green Harbour (Spitzbergen), den 1. Juni 1922. B. A.!, Mittwoch, den 3. Mai, trafen wir nach einer interessanten 20-tägigen Reise hier auf Spitzbergen ein.

Am Sonntag, den 28. Mai, hatten wir eine Delegatensammlung. Eine berichtigende Kommission wurde gewählt, wozu u. a. ich als Schriftführer einstimmig bestimmt wurde.

Green Harbour (Spitzbergen), den 4. Juni 1922. B. A.!, Seit vier Wochen läuft heute das erste Poststück ein und führt die auf Grund dieses Vorkommnisses eines Schreibbriefs.

Arbeit, denn du mußt Einbruch und Dämme hören. Da das Fiß eine Dike von zirka 60 Zentimeter hat und eine flache Lagerung aufweist.

Der ganze Betrieb ist auf drei Schichten verteilt. Drei Mann sind an der Schmelzmaschine beschäftigt, drei Mann bohren mit der elektrischen Maschine Löcher und sehen die Schiffe, wozu auch ich gehöre.

Nach Beendigung der Schicht machen wir nun zum vierten Male den anfangs beschriebenen Weg. Dann geht zur Waschküche, wo wir die Brausen zur Verfügung haben.







Bezüge haben von dem eingetragenen Mitgliedsbeitrag die Hälfte an die Reichszentrale abzuführen. Der oben errechnete Durchschnitt ergibt also, viermal genommen, den eigentlichen Mitgliedsbeitrag pro Woche oder 2,40 RM. Nun betragen aber tatsächlich die Mitgliedsbeiträge im Januar 2,50 RM, ab Februar 3 RM, ab Juni in Mitteldeutschland 10 RM, in Oberhessen 8 RM, in Dortmund (Metallarbeiter) 10 RM, in Bochum 15 RM. Brandenburg-Berlin beschloß im Juli 20 RM. Beitrag und die Generalversammlung für den Bezirk Rheinland-Westfalen am 2. Juli 10 RM für den ganzen Bezirk. Von diesen Beiträgen veranlagte die Reichszentrale jedesmal den vierten Teil, also nicht nur 60 RM, sondern im Januar 75 RM, von da ab 1,25 RM. bezw. 3 RM, 2,50 RM und 6 RM. Rechnen wir einen Wochenbeitragsdurchschnitt der Reichszentraleinnahme von 1,20 RM, so sehen wir, daß die Unionisten und die Hälfte der angegebeneren Mitglieder nur auf dem Papier stehen haben. Allerdings zahlen die Jugendlichen weniger Beiträge, so daß sich die Mitgliedszahl erhöhen könnte. Dieser Einwand kann jedoch nicht geltend gemacht werden, weil der Wochenbeitragsdurchschnitt der Reichszentraleinnahme nach den oben angeführten tatsächlichen Mitgliedsbeiträgen viel höher zu bewerten ist als nur mit 1,20 RM. Die Union gibt eine Auflage von 132 000 Exemplaren für die Organe in Rheinland-Westfalen an. Ist es auch Tatsache, daß in Rheinland-Westfalen acht Fünftel der Unionmitglieder sind, so bleibt es immer noch rätselhaft, an wen sie die zu viel gedruckten 60 Prozent ihrer Zeitung verteilen. Wäre das nicht, wie dies nachweislich früher der Fall war, immer noch als Material für ein Sammelbüchlein verkauft.

Die Union behauptet nun, daß die Reichszentrale zwar kein Geld habe, dieses jedoch in den Bezirken und Ortsstellen liege. Dort ist jedoch ebenfalls gähnende Leere, weil die Bezüge und Mittel nach dem Kassenbuch der Reichszentrale arbeiten (siehe untenstehend). In der Sache des größten Bezirkes, Rheinland-Westfalen, ist laut Bericht auf der Generalversammlung am 2. Juli kein nennenswerter Beitrag erbracht. Der Kassendienst wurde dort von verschiedenen Delegierten als falsch abgelehnt. Dieser Fall nämlich noch viel bedauerlicher als der Bericht der Reichszentrale. Den Ankauf eines Grundstücks und der Druckmaschinen hat man durch Auspumpen der Mittelkästen und durch Antisiphonie bewirkt. Ein Häuserbau soll aus denselben Quellen finanziert werden. Das die Mittelkästen blank sind, beweist der Umstand, daß die Unionmitglieder auf einzelnen Sachanlagen an Lohnwagen mit dem Gut in der Hand an den Besetzern stehen, um Delegationsgelder für den Reichsbezirkskongress zu erhalten.

Die Mithere der Union ist so weit gediehen, daß oft keine Organe mehr werden können und, wie schon berichtet, das Zentralorgan oft nicht oder sehr beschränkt erscheinen konnte. Wenn die Organisation das Fehlen ihres Sachorgans, also den Kontakt zwischen Mitgliedern und Führung, aus Schwermangel unterbrechen muß, so steht diese Wirklichkeit nach Belieben aus.

Nun hat die Union ihre Beiträge auf Drängen der Kommunisten ab 1. November auf 50 RM in der ersten, auf 37 RM in der zweiten und auf 18 RM in der dritten Klasse erhöht. Der Beitrag soll künftig überhaupt für Vollarbeiter 50 Prozent eines Stundenlohnes betragen. Diese Beitragserhöhung wird der Union große Schwierigkeiten machen. Beitragserhöhungen machen jeder Organisation Schattenseiten und in der Union wird diese besonders hervortreten, weil dort wenig geschulte Gewerkschaftler, aber desto mehr Raufhäupter vorhanden sind. Schon die geringe Beitragserhöhung von 10 RM, welche der Bezirk Rheinland-Westfalen am 2. Juli beschloß, fand nur eine „ziemliche Wehrheit“ der Generalversammlung. Wird die Union jetzt die 50 Prozent eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag fristen durchzuführen, so geht ihr die Hälfte der Mitglieder laufen und sie muß den Apparat abbauen. Führt sie dieses nicht durch und raffert — um die Mitglieder zu halten — niedriger Beiträge ein, so schiebt sie der Mitglieder.

**Aus den Kassenbüchern der Union wird kein Schwein fliegen.**

„Wie der Herr, so's Gescheh!“ — Wie die Kassenbücher der Unionzentrale, so die ihrer Bezirke. „Rein Schwein kann daraus fliegen werden.“ Der Unionkassierer Heinrich Schöber hat: „Jahresliche Straf-Bismarck III-IV ist vor einigen Monaten von den Unionisten seines Amtes enthoben worden, weil er ein erhebliches Defizit in der Kasse hatte. Neber den Verlust des Geldes konnte Schöber keine ordnungsmäßige Aufklärung geben; es wurde deshalb Anzeige gegen ihn erstattet. Am 10. November fand vor dem Amtsgericht Offenbach in dieser Sache Termin statt. Dem Angeklagten wurde laut Klage zur Last gelegt, 17 786 RM ihm anvertraute Gelder nicht ordnungsmäßig abgeleitet zu haben, für sich verwendet zu haben. Bei der Vernehmung des Angeklagten wählte dieser die Schuld zunächst auf die Unterassistenten. Sämtliche Unterassistenten, fünf an der Zahl, hätten alle zu wenig abgerechnet. Als er die Kasse übernahm, seien 36 Eintrittsmarken in Händen des 1. Vorstehenden gewesen und auch geblieben, obwohl er mit diesen beauftragt worden sei. 200 RM habe er an die „Arbeiterzeitung“ für den kommunistischen Kongress abbezahlt wollen; das sei wegen Nichtantritts des Vorstandsmitgliedes Burchel bis jetzt unterblieben. Das meiste sei eines Tages ein ihm unbekannter Mann mit einem Scheinbild zu ihm gekommen, dem seine Frau 200 RM übergeben habe ohne Quittung. Wer der Empfänger gewesen sei, weiß der Angeklagte auch jetzt noch nicht. Der Unterassistent Wertens sei mit 143 RM belastet gewesen, davon habe er 100 RM abgeleitet, mit dem Rest von 703 RM sei Wertens nach Dillenburg gefahren. Nicht er sei der Beteiligte, sondern die andere! In der zweiten Hälfte des Monats Mai war für Februar noch nicht mit ihm abgerechnet worden. Wertens habe nach dem März mit 250 RM pro Marke mit ihm abgerechnet, abseits mit 5 RM pro Marke abgerechnet werden mußte. Der 1. Vorstehende der Bezirksstelle Graf Bismarck III-IV, Georges, sagte aus, daß 2603 Beitragsmarken gefehlt hätten, desgleichen 225 RM Kampffonds. Aus den verbliebenen Büchern könne kein Schwein gefressen werden, weil diese abfolgt nicht in Ordnung seien. Zeuge Zimmermann behauptete, Schöber sei in einer Vernehmung aufgefordert worden, 2000 RM an die „Arbeiterzeitung“ abzuliefern. In der Vernehmung sei der Hauptvorwand der Kasse gewesen. Dieses habe Schöber abgelehnt. Die Beitragsmarken seien mit einem Rahmen versehen. Die Unterassistenten seien nicht im Besitze von Rahmenverzeichnissen. Die von Schöber geführten Bücher hätten jeder Beschreibung; es könne kein Schwein daraus fliegen werden. Kassierer Ehrlich will den Angeklagten darauf aufmerksam gemacht haben, daß er mit seiner Buchführung nochmals in eine heisse Situation kommen würde. Die Bücher seien von der Hauptgeschäftsstelle Besenbüschen eingezogen. Der Hauptassistent gebe die Bücher nicht wieder heraus. Der Angeklagte sagte noch zum Schluß zu seiner Entschuldigung, die Unterassistenten hätten von den Mitgliedern 5 RM pro Beitragsmarke einliefert, aber mit ihm nur 250 RM abgerechnet. Der Rest sei in die Taschen der Unterassistenten gewandert. Ein Gerichtsbeisitzer erklärte, er sei selbst Kassierer einer Gewerkschaft, aber ein solches Lohnbuch sei in einer anderen Gewerkschaft nicht möglich. Der Staatsanwalt be- wachte die Sache als nicht genügend geklärt und beantragte Freisprechung des Angeklagten. Nach kurzer Beratung wird der Angeklagte freigesprochen. Die Kosten gehen zu Lasten des Staats. Dem Angeklagten sei nicht nachgewiesen, daß er sich absichtlich bereichert habe.

Wo kein Schwein oder nun die 10 786 RM geblieben, deren Fehlen die Ortsvorstände mitgliedern und die Kassierer beklagten?

**Lagerarbeiter im Ruhrgebiet.**

Am 12. November tagte in Dortmund im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Delegierten der Lagerarbeiter und Bezirksvertretungen von 126 Sachanlagen des Ruhrbezirks, die sich mit den Lagerfragen beschäftigte. Nach einem Referat und eingehender Aussprache gelangte nachdrückliche Entschliessung zur einstimmigen Annahme:

Zur Lohnfrage erkennt die Konferenz an, daß sich die Verbandsbildung alle erhebliche Mühe gibt, die Löhne den mit: Klügelgeschwindigkeit steigenden Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände anzupassen. Dies geschehe und notwendige Anpassung muß aber auch der Laichschere schmerzen, daß der Lohn, der 2. im November verbleibt, sich zu sehr beim zwei Dritteln im Dezember erst zur Anpassung gelangt, wenn eine weitere große Entwertung des Geldes eingetreten ist. Die Konferenz hält daher eine frühere Auszahlung des Lohnes für dringend notwendig und erzieht den Verbandsvorstand, in diesem Sinne seinen ganzen Einfluß geltend zu machen.

Demnach erklärt die Konferenz, die Differenzierung der Löhne zwischen Lagerarbeitern und Sachanlagen gemäß § 5 Abs. 2 des Rahmenvertrages als zu weitgehend und fordert eine Herabsetzung weil mit jeder Lohnanpassung sich der Beitrag der Differenz erhöht. Die Bestimmung über die Lohnabhängigkeit ist nicht mehr zeitgemäß und muß ebenfalls überholt werden.

Zum Punkt „Industrieorganisation“ sieht die Konferenz auf dem Standpunkt, daß die Schaffung einer solchen Organisationsform für die Lager durchzuführen werden muß, um einmal der angelegentlichsten Anforderungen der Bergarbeiter ein Ziel zu setzen und zweitens, um

eine einheitliche starke Organisation für den Bergbau dem Unternehmertum entgegenstellen zu können. Nur in einer einzigen und geschlossenen Bergarbeiterorganisation liegt die Sicherheit für die beste Interessenvertretung. Konferenz gelobt überdies, in der Auffassung und Agitation nicht zu ermüden, fordert aber alle Kameraden auf, das gleiche zu tun, bis das gesteckte Ziel erreicht ist.

Zur Beitragsleistung wird von der Konferenz die Wichtigkeit des Grundsatzes, daß der Stundenlohn ein Wochenbeitrag sein muß, anerkannt und erklärt, in dieser Richtung bei allen Kameraden wirken zu wollen. Die Konferenz erwartet, daß der nächste Verbandstag entsprechende Beschlüsse faßt.

Diese Konferenz vertritt nun ein Schmierstück in eine Radikalisierung zu Medien der Kommunisten umzubringen. Er schreibt in der „Westf. Arb.-Ztg.“ vom 15. November: „Es muß unter allen Umständen zur Bildung von Industrieverbänden geschritten werden; selbst der Referent trümete sich dieser gesunden Stimmung angeschlossen.“ „So marschieren“, schlüßfolgerte der Verfasser, „selbst im Lager des Bergarbeiterverbandes die Revolution.“ Der Grundsatz ist vom Monat gefallen. Er möchte sonst wissen, daß die Industrierverbände in den freien Gewerkschaften schon diskutiert wurden, ehe er sein kommunistisches Mitgliedsbuch in der Tasche hatte. Im übrigen ist die Resolution von Krämmer selbst begründet worden, welche auch Annahme fand.

**„Meine Seele Angst!“**

Das unter diesem Titel in unserem Verbandsverlage erschienene Gedichtbuch von Viktor Kallinowski ist jetzt in zweiter Auflage herausgegeben worden. Ein Beweis, daß es bei den Kameraden eine sehr gute Aufnahme fand. Für unsere Mitglieder beträgt der Preis nur 70 RM, was in Anbetracht der bedeutend gesunkenen Herstellungskosten eine sehr geringe Ausgabe für jeden Liebhaber guter Poesie ist.

**Dampfkeflegplationen mehrern sich.**

Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Am 17. November, vormittags 9 Uhr, ist auf der Schachtanlage Schlägel und Eisen 56 bei Westinghausen ein Dampfkefleg explodiert, wobei drei Arbeiter getötet und vier mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Nach Angabe des Kesselwärters, der den Keffel bedient hat, hat derselbe den genügenden Wasserstand gehabt. Die bergpolizeiliche Untersuchung ist im Gange.

**Fälliges Zeugnis.**

In Nr. 41 des „Ber. Gruppen“ befindet sich unter der Überschrift: „An die vertehrte Adresse“ eine Notiz, welche sich mit einer Resolution der hiesigen Jahrestelle zur Überwachungsfrage befaßt. In rdt demagogischer Weise wird die Sache so hingestellt, als ob der Vertrauensmann derselbe an die Gewerkschaftenstellung gekündigt hätte zwecks „Freisprechung.“ Der Brief ist jedoch irrtümlich dort hingeskommen. Jeder anständige Mensch wird, wenn ihm irrtümlich eine Postsendung ins Haus kommt, dieselbe an die richtige Adresse weiterleiten oder aber der Post zurückgeben. Bei der Gewerkschaftsstellung scheint diese einfache Regel des Anstandes keine Geltung zu haben. Jedenfalls war der Brief an die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, Hülshausen 82, gerichtet, und dieses hätte dem Briefträger auffallen müssen! Oder sollte der „Meine Seele“ den Brief geöffnet haben? Unberücksichtigt erscheint es, wie man von „ohne Quellenangabe“ schreiben kann, wo doch der Vertrauensmann die Resolution unterschrieben hatte; oder sollte die Gewerkschaftsleitung nicht wissen, wer dort ihr Vertrauensmann ist? Es müßte ihr bekannt sein, daß der christliche Vertrauensmann nicht Hr. Sonnenschein, sondern Schas heißt. Das ist doch eine solche auffallende Diskonanz, daß eine Verwechslung fast ausgeschlossen ist. Ein hartes Urteil ist es, dem Kameraden Sonnenschein „unberührte Handlungsmittel“ vorzuwerfen. Jedenfalls fällt dieser Vorwurf auf den Artikelverreiber zurück.

Zum Schluß noch eins: Wenn der Bruder des christlichen Vertrauensmanns Sch. herumtelefoniert, Kamerad E. habe in der betreffenden Jahrestellensammlung erklärt, daß er die Resolution an beide Bergarbeiterverbandsvorstände schicken werde, so ist dies es auf den Fingern zu zählen. Wir empfehlen den Ortsleitern vom Gewerbeverein die Studie des 8. Gebots: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden.“

**Falsche Wege.**

Kann in jeder Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird das einigmal „wunderbare“ Regent der bürgerlichen Volkswirtschaftler — Verringerung des Verbrauchs und Steigerung der Produktion — als falsch hingestellt. Dieses Regent heißt doch: weniger essen und mehr arbeiten. Leider wird der „Bergarbeiter-Zeitung“ in Kameradenkreisen immer noch nicht die Beachtung geschenkt, die dieser zukommt. Die dem beklagenswerten Umstand ist es auszuweichen, daß die Kameraden gleichgültig ihren gleichmäßigen Trott weitermachen, während in 3162 bürgerlichen Zeitungen das vorliebende Regent apertillisch gemacht wird. Dem gegenüber stehen nur insgesamt 226 Arbeiterblätter, die den Kampf gegen die wahnsinnige kapitalistische Wirtschaftswirtschaft führen und bessere, gangbare Wege in die Zukunft zeigen. Diese gewaltige Propagandabermächtigung des kapitalistischen Weltansichtes macht sich denn auch in der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse bemerkbar. Wie stellt sich nun der einzelne Arbeiter hierzu?

Kaufkraft macht sich breit und die schwere, wirtschaftliche Lage läßt manchen Arbeiter das Versteckste tun, was getan werden kann: Sie fangen an zu sparen, indem sie die Mitgliedschaft im Verbandsausgaben und die Vorkämpferin der Arbeiterbewegung, ihre Dagesetzung, abstellen. Sie glauben, praktisch ihre Lage zu verbessern, wenn sie die gewerkschaftliche Organisation aufgeben. Diese Kameraden merken nicht, wie sie gerade mit ihrer gewerkschaftlichen Zeitnahmungslosigkeit und ihrem Individualismus die Pläne derjenigen vernichten, welche die heutige Not planmäßig herbeigeführt haben, um die Arbeiterklasse zu heilen. Eine Arbeiterkraft, die sich dem Elend niederdrücken läßt, ihre Organisationen nicht erhält, ausbaut und führt, braucht der Kapitalismus nicht zu fürchten. Gelegentliche Verzweiflungsausbrüche einer verelendeten Volksmasse fürchtet das Kapital nicht, es sind ihm unter Umständen sogar willkommen, da sie eine gute Gelegenheit bieten, das murrende Volk schwach zu setzen und damit den noch vorhandenen Trotz, die noch vorhandene Widerstandskraft zu brechen und zu lähmen. Darum arbeiten diejenigen, welche durch Whalen und Radikalismus die gewerkschaftlichen Organisationen bei den Arbeitern bereinigen und zerstören, dem Kapitalismus gemollt oder ungewollt in die Hände. So lassen alle die Kameraden, die in der heutigen schweren Zeit ihre Organisationen im Stich lassen, den Plänen der Kapitalgewaltigen Vorschub. Rein, Kameraden, so geht es nicht weiter! Wer von sich glaubt, die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterbewegung zu kennen — und dessen räumen sich doch nicht wenige —, der hat die heilige Pflicht, hier aufzustehen und lautstark zu wirken. Es ist die höchste Zeit, daß sich das wertvolle Volk aufrafft zur gewerkschaftlichen Reibung. Ein einmütiges Zusammenwirken aller Kräfte in der Arbeiterbewegung ist notwendig, damit wir den herrschenden Kapitalmagazinen jurufen können: „Wis hierher und nicht weiter!“ Sauerwald.

**Schnaps als Prämie für Bergleute?**

Das „Ruhr-Echo“ schrieb kürzlich: „Von unerlässlicher Seite geht uns die Meldung zu, daß man auf der Steierstraße I und II seit einigen Tagen dazu übergegangen ist, Schnaps als Prämie für Mehrarbeit an die Bergleute zu verteilen. Die Arbeiter erhielten bei Lieferung von 8 Wagon pro Mann je 1 Liter Schnaps.“

Wenn das wahr wäre, müßte natürlich gegen ein derartiges System mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden, ein solches Verbot einer solchen Methode wäre dann am Plage. Die Sache lag aber weniger schlimm, wie man nach der obigen Meldung annehmen konnte. Auf der Steier wurde im Keller 11 eine neue Arbeit begonnen, wobei sich zwischen dem Steiger Reinhard und der Kameradschaft eine Debatte über die mögliche Leistung entspann. Auf die Meinung der Kameradschaft, daß sie 8-8 1/2 Wagon liefern könnte, sagte der Steiger: „Wenn Euch das gelingt, gebe ich einen Liter Schnaps aus.“ Es gelang, der Steiger hielt sein Versprechen und gab so dem „Ruhr-Echo“ Stoff zu einer sensationellen Notiz.

Hoffentlich steht der Steiger ein, wie unwahrscheinlich seine Methode ist, noch besser wäre es natürlich, wenn jede Kameradschaft ein solches Ansehen sofort zurückwiese. Schnaps ist kein Objekt für Belohnungen und arbeitsfähige Arbeit liefert der Bergmann auch ohne diesen.

Sollte solcher Unfug hier vorkommen, so tun die Kameraden allerdings gut, davon der Organisation Meldung zu machen.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

Konferenz in der Nähe Oberbergs.  
Die Arbeiterkonferenz unseres Bezirkes tagte am 12. November im Gewerkschaftshaus in Jaborze-Graben. Kamerad

Partmüller vom Hauptvorstand aus Bochum hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage und die Bergarbeiter.“ Leider gestalter es der Raum unserer Zeitung nicht, den Vortrag auch nur andeutungsweise wiederzugeben. Der Vortrag fand nicht den geringsten Widerspruch und erzielte uneingeschränkten Beifall. Auf Wunsch der Konferenz wurden die beiden ersten Tagesordnungspunkte zusammengefasst und sprach nunmehr der Bezirksleiter Franz über: „Die Tätigkeit des Verbandes in Oberhessen.“ Diese Ausführungen zeigten, daß sich die gewerkschaftlichen Organisationen heute mit allen Fragen des öffentlichen Lebens beschäftigen müssen. Das Verhalten des oberhessischen Unternehmertums wurde von ihm scharf unter die Lupe genommen, aber auch die arbeitserhebliche Tätigkeit der Kommunisten und Unionisten charakterisierte der Redner in treffender Weise. Die Aussprache war lebhaft, aber sachlich. Sie fand ihren Niederschlag in folgender Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde: „Die am 12. November 1922 im Gewerkschaftshaus in Jaborze-Graben tagende Relektion der Verbandsmänner und Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt sich nach den Berichten der Verbandsvertreter einverstanden mit der Haltung des Verbandes und spricht der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus.“

Das Elend der deutschen Arbeiterkraft ist verschuldet durch die Folgen des Krieges und die gegenwärtig falsche Wirtschaftspolitik, die zu einer Monopolwirtschaft von Handel, Industrie und Landwirtschaft geworden ist. Anstatt Gemeinwirtschaft herrscht schrankenlose Gewinnlust. Die Konferenz ist sich klar darüber, daß durch Lohnherabsetzungen allein nicht die wirtschaftliche Lage gebessert werden kann. Es ist viel mehr notwendig, daß eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse angestrebt und durchgeführt werden muß. Die Organisationsvertreter werden ersucht, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um den Widerstand der kapitalistischen Interessengruppen zu brechen. Gegen die Verschleppung wichtiger Arbeiterforderungen durch die Unternehmer wird aufs energischste protestiert. Die Beratungen über den Parteitarif müssen beschleunigt werden. Sollten die Unternehmer nicht bereit sein, im Zeitraum von einem Monat den Abschluß des Tarifes zu gewährleisten, dann werden die Organisationsvertreter beauftragt, vom Reichsarbeitministerium die Einsetzung eines Schlichtungsorgans zu fordern. Die Organisationen werden nochmals ersucht, dem Arbeitgeberverband den Antrag zu unterbreiten, die Lohnzahlung am 11. des Monats vorzunehmen.

Das Verbleiben der mit Schlaglichtern, Revolvern und anderen Waffengeräten bewaffneten Bänder der Orga und Gaden des Kampfes muß sofort verhindert werden. Die Arbeiterkraft darf nicht aufsehen, wie diese Bänder allmählich unter diesem Vorwand der Verhandlungsbereitschaft nach dem Beispiele in Italien allmählich die Macht an sich reißen. Wenn nicht sofort durchgegriffen wird, dann werden die Organisationsvertreter beauftragt, in allen Orten seine Formationen der Arbeiterkraft zur Abwehr zu gründen.

Die Konferenz erkennt an, daß die Organisation gegen Wucher und Zerstörung und in allen übrigen Gewerkschaftsfragen getan hat, was in ihrer Macht lag. Wenn diesen Maßnahmen nicht voller Erfolg beschieden war, so ist daran ein Teil der Bergarbeiter mit schuldig, die trotz des gemeinsamen Aufstufes der Reaktionen aller Schichtkategorien gegen die Arbeiterkraft Leuten Gefolgshaft leisten, die nichts weiter zu tun wissen, als auf die Organisationen und ihre Vertreter zu schimpfen und leugnen in der gemeintem Weise zu verleumdern. Selbst uns fähig etwas für die Arbeiterkraft zu tun, ergehen sie sich in Schimpfereien und in Verleumdungen, als ob die Organisationsvertreter an allem Elend der Gegenwart schuld wären. Reaktionen und Unionisten bilden im Verleumdern der Gewerkschaften und ihrer Führer eine gemeinsame Front. Für erbliche und anständige Arbeiter ist eine solche Handlungsweise ungebührig, um so mehr, da die Beschuldigungen der Organisationsvertreter meist in ihrer Abwesenheit erfolgen. Es ist daher Pflicht aller Verbandskameraden, der Sege gegen die Organisation entgegenzutreten.

Um die Organisation, die in den letzten Monaten 4 Millionen RM an Unterstützung zahlt, in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben im Interesse der Bergarbeiter durchzuführen, wird die Bezirksleitung aufgefordert, allmählich darauf hinzuwirken, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag eingeführt wird.

Unter „Verlebendes“ wurde die Jugend- und Beitragsfrage behandelt. Auch hier zeigte sich erfreulicherweise Einmütigkeit. Nach 6 1/2 stündiger ununterbrochener Tagung hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt und wurde vom Vorstehenden mit ermunternden Worten und einem mit Begeisterung auf den Verband aufgenommenen Hoch geschlossen.

**Saargebiet.**

**Der Sieg des Franken im Saargebiet.**

Eine Konferenz der freien Gewerkschaften im Saargebiet hat sich dafür entschieden, daß die Organisationen von den Unternehmern die Lohnzahlung in Franken fordern sollen. Die bürgerliche Presse („Bdin. Ztg.“) erkennt zwar die zwangsläufige Entwicklung der Dinge an, spricht aber doch von einem Umsfall der freien Gewerkschaften.

Wir werden an Hand des Berichtes über den Kongress auf die Frage näher eingehen. Für heute sei nur festgestellt: Wenn nicht nur die Bergarbeiter in Franken gekündigt werden, sondern alles sich auf den Franken einstellt, in jedem Schaufelner nur Freie in Franken zu sehen sind, dann ist die Marktlage unheilbar und nicht die Arbeiter sind dafür verantwortlich. Das dieser „Siegeszug“ des Franken dem Deutschtum der Saarländer keinen Abbruch tut, dafür sorgt die französische Regierungspolitik, die ebenso schwer auf den Saarländern lastet, wie früher das Sittgerregiment auf den Saarbergleuten.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 47. Woche (vom 19. bis 25. November) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Peter Hirnenich (Haupt-Nr. 658 200), Jahresscheffern, ist wegen Schließung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und des Verfalles gegen den Generalversammlungsbeschluß in Gießen aus dem Verbands ausgeschlossen.

Das Verbandsbuch für Karl Raschke (Haupt-Nr. 83 629), Jahresscheffern, geboren am 30. 12. 23, übergeben am 1. 1. 07 zu Gießen, ist gesperrt. Das Buch ist anscheinend gestohlen worden.

**Nichtung, Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen!**

Der Orts in diesem und nächsten Monat stattfindenden Reunionen der Ortsverwaltungen muß unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß laut § 48 des Verbandsstatuts auch Jugendliche als zur Ortsverwaltung gehörig gewählt werden müssen. — Unsere Vertrauensmänner bitten wir, bei der monatlichen Zeitungsbestellung nicht mehr Exemplare des „Junghorn“ für ihren Bezirksbereich zu bestellen, als Jugendliche unter 18 Jahren vorhanden sind. Die Jugendzentrale.

**Bücherrevisionen.**

Schaumburg. Vom 1. bis 15. Dezember.

**Bibliothek.**

Schaumburg. Die Bibliothek ist vom 1. bis 15. Dezember geschlossen. Sämtliche Bücher müssen bis zum 30. November abgegeben werden.

**Abrechenveränderungen.**

Domsdorf. Der Kassierer Kurt Driem wohnt Pfefferstr. 88. Dort wird jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags das Kartengeld ausgehändigt.

Erklärung! Im Einkunftsverfahren Schubert gegen David fand am 5. November 1922 in Langenbrunn eine Sitzung statt. Dort wurde einmütig festgestellt, daß die Kündigung des Kameraden S. David in der Jahrestellensammlung Langenbrunn 1: „Der Kamerad Schubert sei 1919 zum Vorstand des Bergarbeiterverbandes gegangen und habe denselben ersucht, den Streik kaputt zu machen“, nicht den Tatsachen entspricht. S. David.

Zu bestellen durch die Buchhandlung S. Hausmann & Co., Bochum: Otto Sae

Setz- und Drucken von Alois Osterroth, Bochum, 150 24. Gebunden 1. Häftl. 65 RM, im Buch. 25 RM.

Talchenkalender für Bergarbeiter für Mitglieder 30 RM, 1 Buchband 100 RM.

Verbands-Kalender 1923 Kalender 1. u. 2. Ausgabe 100 RM.